
Liebe Trippstadterinnen und Trippstadter,

auch diese Ausgabe unserer Informationsbroschüre lässt dem Thema Gebietsreform viel Raum. In Trippstadt hat sich eine Bürgerinitiative gebildet, die sich mit dem Thema auseinandersetzt. Mit dem Gründungsmitglied Prof. Dr. Eberhard Schock haben wir über deren Ziele gesprochen.

Leserbriefe: Fehlanzeige! Wir haben keinen weiteren Leserbrief bekommen. Vielleicht sind die Briefe alle an die Bürgerinitiative gegangen. Auf deren Webseite findet man einige Bürgermeinungen sowie Stellungnahmen von Innenminister Karl-Peter Bruch sowie von Landrat Paul Junker.

Ortsbürgermeister Manfred Stahl wurde von uns aufgefordert, mit der Stadt Kaiserslautern zu sprechen, um die Bedingungen für eine Fusion mit der Stadt auszuloten. Verbandsbürgermeister Unnold will vorerst nur Gespräche mit Landstuhl führen. Wir glauben, die Zeit in der Freiwilligkeitsphase wird zu knapp, um danach weitere Fusionsvarianten zu prüfen. Deshalb unser Antrag an den Ortsbürgermeister. Trippstadt braucht mehrere Varianten, damit wir eine Auswahlmöglichkeit bekommen.

In der letzten Ausgabe von TiB berichteten wir über die bundesweite Befragung der SPD-Ortsvereine. Wir haben für Sie die wichtigsten Ergebnisse zusammengefasst.

Übrigens: Sie halten gerade die 13. Ausgabe von Trippstadt im Bild in der Hand. Wie gefällt Ihnen unser Informationsblatt? Viele positive Rückmeldungen aus der Trippstadter Bevölkerung machen es uns leicht, die Broschüre weiterhin herauszugeben. Wir freuen uns über Aussagen wie „ich bin zwar nicht immer eurer Meinung, aber dennoch lese ich TiB sehr gerne.“ Wir wollen Sie auch weiterhin über Aktuelles im Dorf und über uns informieren.

Uwe Wunn, Vorsitzender

Gebietsreform: Das Interview

In unserem Dorf hat sich eine Bürgerinitiative zum Thema Gebietsreform gegründet. TiB hat mit Gründungsmitglied Prof. Dr. Eberhard Schock über die Ziele der Bürgerinitiative gesprochen.

TiB: Was hat dich bewegt, diese Bürgerinitiative zu gründen?

ES: Ich war das ja nicht alleine, sondern von verschiedenen Seiten kam diese Anregung. Der eigentliche Grund war ein Bericht in der RHEIN-PFALZ, der den Eindruck erweckte, dass zwischen den Bürgermeistern der VG Landstuhl und der VG Kaiserslautern-Süd schon alles gelaufen war. Es war unser gemeinsames Anliegen, diesen Prozess in geordnete Bahnen zu lenken.

TiB: Ich hoffe, das gelingt euch. Was ist denn bei der Frage: „Wohin gehst du, Trippstadt?“ alles zu bedenken?

ES: Da gibt es ein ganzes Bündel von Problemkreisen, die man bedenken muss. Fangen wir mit dem Historischen an. Die VG KL-Süd ist 1972 von der Landesregierung verfügt worden, es gab also nicht den Wunsch derer, die jetzt hier leben, in einer VG zusammen zu leben. Im Gegenteil: Die Trippstadter wollten vorwiegend nach Kaiserslautern (nur die höhere Hundesteuer brachte diesen Wunsch schließlich zu Fall), die Schopper wollten nach Waldfischbach und die Queidersbacher nach Landstuhl. Trotz der Bemühungen von Bürgermeister Leibfried, so etwas wie ein Gemeinschaftsgefühl zu erwecken, hat sich in den sechs

Prof. Dr.
Eberhard
Schock



Gemeinden kein Gefühl der Zusammengehörigkeit entwickelt. Schon daher wäre es sinnvoll, die VG KL-Süd wieder aufzulösen.

TiB: Das ist natürlich „nur“ ein emotionaler Aspekt. Was gibt es noch?

ES: Gehen wir vom Emotionalen zu den harten Fakten. Auf allen Ebenen herrscht Geldnot und Sparzwang. Und damit nicht immer nur in den Geldbeutel der Bürger gegriffen wird, sollte eben auch in den Verwaltungen gespart werden. Das ist ja auch das hauptsächliche Anliegen der Landesregierung. Sparen kann man durch Vereinfachung, durch Straffung der Verwaltung. Es ist 2009 vom Innenministerium ein Kooperationsmodell vorgeschlagen worden, das vorgesehen hat, dass große Teile der Verwaltung der VG von der Stadt Kaiserslautern übernommen werden. Das ist bis jetzt nicht auf Gegenliebe in der Verwaltung unserer VG gestoßen. Drei Modelle für die Zukunft unserer VG sind hier denkbar:

Die VG fusioniert mit der VG Landstuhl. Da die VG Landstuhl-Neu bei einer Verdopplung der Größe auch die Verwaltung vergrößern muss und da dann auch ein weiterer hauptamtlicher Beigeordneter installiert werden muss, ergibt sich in diesem Modell keine

Gebietsreform: Das Interview (Forts.)

Einsparung, die wesentlich über kleinere Synergieeffekte hinausgeht.

Die VG KL-Süd bleibt geographisch so, wie sie ist. Aber die Verwaltung wird vollständig von der Stadtverwaltung Kaiserslautern übernommen. Die Mitarbeiter werden erst einmal von der Stadt übernommen, aber frei werdende Stellen werden nicht wiederbesetzt. Das ist das Modell einer *vollständigen Kooperation*.

Die VG KL-Süd wird ganz aufgelöst, Trippstadt und Stelzenberg gliedern sich Kaiserslautern an, Queidersbach und Linden gehen nach Landstuhl und die Schopper und Krickenbacher tun auch, was ihnen recht ist. Auch hier wird die gesamte Verwaltung von KL-Süd überflüssig.

TiB: Die kleinen Verwaltungseinheiten beanspruchen doch für sich, dass es hier sehr viel mehr Nähe zum Bürger gibt. Wird diese Bürgernähe dann nicht gefährdet?

ES: Das Thema Bürgernähe sehe ich sehr kritisch. Das muss sich einmal an der Realität messen lassen. Der „Normalbürger“ will, dass alles gut funktioniert und damit ist er zufrieden. Du weißt doch selbst, wie wenige Bürger sich für die Arbeit des Gemeinderates interessieren, wie wenig sie bereit sind, sich gestaltend im Ort einzusetzen. Und das trifft insbesondere auf die jüngere Generation zu. Aber ich will sie nicht kritisieren, ich habe Verständnis für dieses Verhalten. Die ganz Jungen sind in der Berufsausbildung und wissen noch nicht, wo ihr künftiger Lebensmittelpunkt sein wird, die etwas

Älteren, vielleicht bis 45, haben genug damit zu tun, ihre berufliche Situation zu festigen, eine Familie zu gründen oder sind durch Kindererziehung, Hausbau usw. zeitlich sehr in Anspruch genommen. Deshalb: ihr Wunsch ist nicht „Bürgernähe der Verwaltung“, sondern eine effiziente und sparsame Verwaltung.

TiB: Wie wird das nun weitergehen?

ES: Wir werden am **1. Juli** in einer öffentlichen Veranstaltung alle diese Themen weiter diskutieren. Unser Ziel ist es, eine breite Öffentlichkeit in Trippstadt zu mobilisieren und in den Trippstadter Bürgern den vorhandenen Wunsch zu verstärken, selbst zu entscheiden, ob sie sich in die VG Landstuhl integrieren lassen wollen oder ob sie es vorziehen, ein Stadtteil der Stadt zu werden, die den meisten als Stadt ihrer Arbeit, ihres Einkaufes, der weiterführenden Schulen für ihre Kinder, der Kinos, Theater, des Betze sehr vertraut ist.

TiB: Und wird es keine Nachteile geben?

ES: Natürlich kann und wird es sein, dass da oder dort Gebühren höher oder niedriger sind. Doch hier sollte man bedenken, wie oft diese Gebühren anfallen. Und man sollte sich nicht in der falschen Hoffnung wiegen, alles würde in Zukunft so bleiben wie es ist. Deswegen möchte ich das Problem der unterschiedlichen Gebühren nicht als entscheidend ansehen.

Gebietsreform: Das Interview (Forts.)

TiB: Und welche „Macht“ hat die Bürgerinitiative, der Bürger selbst?

ES: Vielleicht entscheidet sich ja der Gemeinderat (wie auch der Gemeinderat von Stelzenberg) dafür, dass Trippstadt mit Kaiserslautern fusioniert. Wenn das nicht der Fall ist, gibt uns der Gesetzgeber das Verfahren des Bürgerbegehrens und des Bürgerentscheides, in dem dann diese

Frage durch die Mehrheit der Trippstadter Bürgerinnen und Bürger entschieden werden kann.

TiB: Wir wünschen der Bürgerinitiative, dass sie ihre Ziele erreicht. Vielen Dank für das Gespräch.

Die Bürgerinitiative hat eine Webseite: www.buerger-fuer-trippstadt.de

Das Interview mit Prof. Schock führte Uwe Wunn.

Quo vadis, Trippstadt (Wohin gehst du?)

Unter diesem Motto hatten wir eine Diskussionsplattform auf unserer Homepage angekündigt. Außerdem hatten wir um Leserbriefe zum Thema Verwaltungsreform gebeten.

Es sind bis heute keine Leserbriefe eingegangen. Heißt das:

- Sie sind mit den aktuellen Verhandlungen zwischen unserer Verbandsgemeinde und der VG Landstuhl uneingeschränkt einverstanden?
- Sie interessieren sich nicht dafür?
- Sie glauben, dass Sie doch nichts ändern können?
- der Aufwand, einen Brief zu schreiben war Ihnen zu viel Arbeit?
- Sie schreiben grundsätzlich keinen Leserbrief für „Trippstadt im Bild“?
- Sie haben mit der SPD sowieso nichts am Hut?
- Sie möchten Ihre Meinung nicht öffentlich äußern?

Eins ist jedoch klar: wenn sich niemand gegenüber den Verantwortlichen äußert, bestärkt es diese in ihrem Handeln.

Noch ein Versuch: Schreiben Sie uns Ihre Meinung!

Sie erreichen die Homepage über <http://www.spd-ov-trippstadt.de/>

Anonyme Leserbriefe wollen und werden wir nicht veröffentlichen.

Was wäre wenn ...

... ich hauptamtlicher Bürgermeister einer kleinen Verbandsgemeinde wäre und eine Gebietsreform bevorstehe?

Ich würde mir eine benachbarte Verbandsgemeinde zur Fusion suchen, die dann groß genug wäre, dass ein hauptamtlicher Beigeordneter gewählt werden kann. Außerdem brauchte ich stabile politische Verhältnisse, damit der zukünftige Verbandsgemeinderat mich zum Beigeordneten wählt. Das würde mir mein tägliches Brot für eine lange Zeit sichern.

... ich Oberbürgermeister einer großen Stadt (aber nicht Großstadt) wäre und einige Ortsgemeinden der großen Stadt beitreten wollten?

Ich würde die Gemeinden mit offenen Armen empfangen und hoffen, endlich wieder stabil Großstadt zu werden. Das bringt viel neues Geld und vielleicht eine Beförderung.

... ich (ehrenamtlicher) Ortsbürgermeister in einer kleinen Verbandsgemeinde wäre?

Für mich wäre das Wohl der Bürger wichtigstes Kriterium. Ich würde die Bürger meiner Ortsgemeinde über ein geeignetes Instrument befragen. Schließlich müssen alle Bürger mit der neuen Konstellation leben. Außerdem wäre mein tägliches Brot nicht von einer bestimmten Lösung abhängig, da ich ja noch einen Hauptberuf habe.

... ich Bürger einer solchen kleinen Verbandsgemeinde wäre?

Ich würde zunächst einmal deutlich sagen, dass mir egal ist, ob der Verbandsgemeindebürgermeister später Beigeordneter wird oder der Oberbürgermeister eine Großstadt verwaltet.

Ich würde fragen, welche Variante ist für mich die beste. Wenn ich einen Handwerker brauche, hole ich mir ja auch mehrere Angebote ein. Derjenige bekommt von mir den Zuschlag, dessen Gesamtpreis niedrig und dessen Leistung gut und vielseitig ist.

Außerdem würde ich über mein Einwohnerschicksal mitbestimmen wollen. Eine einsame Entscheidung weniger Personen erschiene mir für eine solche Fragestellung höchst elitär.

Für mich wäre auch nicht notwendigerweise die Verbandsgemeinde als Ganzes in meinem Brennpunkt, sondern primär meine Ortsgemeinde.

Auf keinen Fall würde ich wollen, dass politische Machtspielchen für die letztendlich weitreichende Entscheidung maßgeblich wären. Daran würde ich bei den nächsten Wahlen sicherlich noch denken. Vielleicht würde es in mir ein weiteres Stück politische Verdrossenheit schüren und mein Desinteresse am aktuellen politischen Geschehen weiter vergrößern.

Bundesweite SPD-Ortsvereinsbefragung

In der Zeit vom 25.03.-17.05.2010 fand eine bundesweite Befragung der SPD-Ortsvereine statt. 4234 Fragebögen sind eingegangen (=44% Rücklauf). Ein wesentlicher Bestandteil bei dieser Befragung war die Frage nach zukünftigen Themen für die Arbeit der Gesamtpartei.

Als die sieben wichtigsten Themen haben sich heraus kristallisiert:

- Gerechtere Löhne und Gehälter, von denen man leben kann, durch die Einführung von Mindestlöhnen und die Stärkung von Tarifverträgen
- Neue und wirksame Regeln für die Finanzmärkte, um große Krisen in Zukunft zu verhindern
- Das Bildungssystem verbessern, damit es mehr Chancengleichheit und Aufstiegschancen ermöglicht
- Die Finanzkraft der Kommunen stärken
- Ein solidarisches Gesundheitssystem durchsetzen, das alle Bürger am Fortschritt teilhaben lässt
- Unsichere Arbeitsverhältnisse einschränken und reguläre sozialversicherungspflichtige Beschäftigung stärken

Als weitere Themen mit hoher Priorität genannt wurden:

- Neue, zukunftsfähige Arbeitsplätze schaffen
- Die ökologische Energiewende fortsetzen und aus der Atomenergie aussteigen
- Eine verlässliche und der Lebensleistung entsprechende Altersversorgung ermöglichen

- Eine menschenwürdige Pflege im Alter ermöglichen.
- Die Lebenssituation von Familien mit Kindern verbessern
- Wirksame Maßnahmen gegen Kinderarmut ergreifen.
- Eine Steuerpolitik, die hohe Einkommen stärker an der Finanzierung unseres Gemeinwesens beteiligt.
- Eine verantwortungsbewusste und friedenssichernde Außenpolitik betreiben.

Die Ortsvereine wurden auch befragt, welche Themen als besonders wichtig für die Arbeit in den Kommunen eingestuft werden. Hier die Ergebnisse:

- Die Finanzkraft der Kommunen stärken
- Gerechtere Löhne und Gehälter, von denen man leben kann, durch die Einführung von Mindestlöhnen und die Stärkung von Tarifverträgen
- Das Bildungssystem verbessern, damit es mehr Chancengleichheit und Aufstiegschancen ermöglicht
- Die Lebenssituation von Familien mit Kindern verbessern
- Die Verkehrswege und die öffentliche Infrastruktur verbessern.
- Ein solidarisches Gesundheitssystem durchsetzen, das alle Bürger am Fortschritt teilhaben lässt
- Eine menschenwürdige Pflege im Alter ermöglichen.
- Die ökologische Energiewende fortsetzen und aus der Atomenergie aussteigen.

Termine Juli-September

- Mi, 14.07.2010, 20:00 Uhr, Vorstandssitzung (partei offen)
- Mi, 11.08.2010, 20:00 Uhr, Vorstandssitzung (partei offen)
- Do, 26.08.2010, 19:30 Uhr Kommunalpolitischer Arbeitskreis (Schloßstuben)
(**offen für alle Bürgerinnen und Bürger**)
- Mi, 08.09.2010, 19:00 Uhr Vorstandssitzung (partei offen)
20:00 Uhr Mitgliederversammlung

Der Kommentar

Eigentlich wollte ich einen Kommentar zur aktuellen bundespolitischen Lage schreiben. Aber irgendwie hat es mir die Sprache (oder besser: die Schrift) verschlagen.

Sicherlich nehmen alle Parteien im Wahlkampf ihren Mund voller, als es wünschenswert wäre.

Jeder hatte es gewusst: Die F.D.P. wird, wie jede andere Partei auch, ihre Wahlversprechen nicht alle halten können. Aber was uns zur Zeit geboten wird, birgt genügend Stoff für einen Fantasy-Roman. Mit Realpolitik hat das nichts mehr zu tun.

Gesundheitsreform (Kopfpauschale): Fehlanzeige, Steuererleichterung für alle: Fehlanzeige (außer für Hoteliers), ...
So könnte man diese Ausgabe von TiB vollschreiben ☺

Spaß bei Seite! Warum hat die Koalition mit ihren einschneidenden Maßnahmen bis nach der NRW-Wahl gewartet? Alles politisches Kalkül! Die NRW-Wahl ist die einzige Landtagswahl in 2010.

Die RHEINPFALZ am Sonntag schreibt auf ihrer Titelseite am 13.06.2010: „**Kein Dienst am Volk**. Die schwarz-gelbe Bundesregierung hat einen Start der Unehrllichkeit hingelegt. Sie muss nun endlich Vertrauen schaffen.“ Weiter ist dort zu lesen: (...) Die FDP bekommt ihren Sieg bei Opel und das Versprechen, dass es – trotz aller Staatsverschuldung – keine Steuererhöhungen geben wird. Dafür lässt sie in Nordrhein-Westfalen die Ampelspielchen sausen und wählt Wulff.“

Kein Kommentar!

Sudoku

Für Rätefüchse – ein SUDOKU:

Die Zahlen 1-9 dürfen in jeder Zeile und Spalte und in jedem Quadrat nur einmal vorkommen.

7		1						8
		3			4		7	
				5	7			1
				2	8			
3		4				6		5
	6		4			7		
	4		3		1		2	
1			8			5		3
2			5	4				



**Sagen Sie
uns Ihre
Meinung !**

Der SPD-Ortsverein im Internet

Aktuelle Hinweise, Ansprechpartner, Emailadressen oder Telefonnummern finden Sie im Internet unter der URL

<http://www.spd-ov-trippstadt.de/>

Impressum

SPD Ortsverein Trippstadt, Uwe Wunn, 1. Vorsitzender

Redaktion:

Eckhard Linn, Hauptstraße 105a, 67705 Trippstadt, Tel. 06306-1713
Uwe Wunn, Bogenstraße 22, 67705 Trippstadt, Tel.: 06306-6282